

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage.  
Vertheilung: Abonnement: Preis:  
Für Berlin: 1 Thlr. 22 Sgr. mit Post-  
kosten 2 Sgr. Für ganz Preußen mit Post-  
kosten: 2 Thlr. 12 Sgr.  
Die einzelne Nr. wird mit 2 Sgr. berechnet.

Neue



Preussische  
Zeitung.

Alle Bestellungen nehmen Stellung  
auf dieses Blatt an, für Berlin die  
Vertheilung der Preussischen  
Zeitung.  
Dyckerhoff, Straß 21.  
Inserions-Gebühr für den Raum einer  
vierzeiligen Zeile 2 Sgr.

# Preussische

# Zeitung.

Nr. 1.

Berlin, Mittwoch, den 1. Januar.

1851.

## Zum neuen Jahr, am 1sten Januar 1851.

Der große Dschamschid sah zu Thron und sprach, den Blick gewandt nach oben:  
„Ich bin der erste Knecht des Herrn; mir ziemt's, in Demuth ihn zu loben!  
„Er schuf uns All' aus wenig Staub, er maß uns Freud', er wog uns Leid,  
„Er gab Jedwem seinen Theil und jedem Stand sein Ehrenkleid.  
„Er gab mir eine feste Burg und meiner Ahnen gute Waffen;  
„Den Jörn der Liebe schenkt' er mir, in böser Zeit das Recht zu schaffen;  
„Er ließ dem Heer ein starkes Herz, — und schlug der Ehre Stahl daran,  
„So brannten, wie vom Feuerstein, der Treue Funken himmelan.

„Es gährte ferner Gott, der Herr, mit Weisheit unsere Gedanken;  
„Ich bin der erste Knecht des Herrn; mir ziemt's zu beten und zu danken!“ —  
„Er sprach's. Da trug des Himmels Weh'n das Wort an seine rechte Statt:  
„Es leuchte frisch die alte Treu' und brachte Ranken, Blüth' und Blatt.  
In Dschamschids Burg erschienen jetzt von allen Orten Abgesandte,  
Sie brachten Amber und Kafur, Rubinen, Perlen und Demante:  
Und als der auserwählte Schatz vor ihres Königs Füßen lag:  
Da waren sie voll frommer Lust und nannten Neujahr diesen Tag.

Und folch ein Neujahr wollen wir mit allen bösen Mächten ringen  
Und beten, daß wir überall und stets die rechten Gaben bringen,  
Den Diamant der Gottesfurcht, der Liebe glühenden Rubin:  
Dann können wir getroßt zum Kampf für Vaterland und König ziehn.

### Amtliche Nachrichten.

Berlin, den 30. Dezember 1850.

Der Königs Majestät haben gestern Mittag im Schlosse Bellevue dem zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der französischen Republik am Allerhöchsten Hofe ernannten Herrn Armand Lefebvre eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen das betreffende Beglaubigungsschreiben entgegen zu nehmen geruht.

#### Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Die Abrechnung der für das Jahr 1850 an die Preussische Zeitung überlassenen Zeitungsblätter, welche im Laufe der Abrechnung dem Abnehmer zu demselben Preise geliefert werden muß, ist durch die Verordnung vom 1. Mai d. J. bestimmt worden, daß für das Jahr 1850 der Preis für die Abrechnung der Zeitungsblätter pro 1850 Nr. 18, auf 10 Sgr. oder, wenn die Abrechnung für die Abrechnung weniger beträgt, auf den einfachen Betrag der Abrechnung zu setzen ist.  
Die Bestimmungen über die Abrechnung der Zeitungen, gegen eine von dem Abnehmer zu entrichtende Abrechnungsgeld, gelten aber nach wie vor nur bei denjenigen Zeitungen, welche innerhalb des preussischen Reichsgebietes erscheinen und von preussischen Verlegern herausgegeben werden. Wenn es sich dagegen um Zeitungen handelt, welche aus auswärtigen Verlegern kommen oder nach auswärtigen Verlegern abgesetzt werden, so kann die Abrechnung im Laufe der Abrechnung auch ferner nur gegen das gewöhnliche Porto für Kreuzbandungen erfolgen.  
Berlin, den 27. Dezember 1850.  
Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.  
von der Heydt.

Angelommen: Der Prinz Ludwig zu Schönau-Carolath, von Anhalt.

#### Es heißt das Haus von oben bauen.

Wenn man die Verfassungen der Einzelstaaten durch die Verfassung des gesammten Deutschlands zu verbessern gedenkt, und es heißt die Natur der parlamentarischen Union, und die Gesetze ihrer Väter völlig verstehen, wenn man dieselben durch eine vollständige Vertretung des Volks bei der Centralgewalt des deutschen Bundes zu befestigen gedenkt. Was war die parlamentarische Union, und was wollte sie? wollte sie nicht vor allen Dingen die Einheit aus Deutschland herausbringen, und hat man den Kriegslärm der letzten Tage so wenig verstanden, um den Kern, die eigentliche Inzidenzfrage zu übersehen? Ein neues System, das System des modernen Konstitutionalismus, wie in den Einzelstaaten, so auch an Stelle der alten Verfassung und Befestigung Deutschlands als des vereinigten natürlichen Bundes jenes Systems: dies und nichts Anderes war der geheime Sinn der sogenannten Union-Verträge, und es klingt fast komisch, wenn man solche Wünsche durch eine vernünftige Vertretung der gesammten Bevölkerung, d. h. durch ihr gerade Gegentheil, befriedigen zu können meint. Doch lassen wir selbst hiervon ab und legen wir auch kein Gewicht darauf, daß eine wirklich kräftige Volksvertretung innerhalb des deutschen Bundes den Staatenbund notwendig in einen Bundesstaat verwandelt und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten absorbiren müßte, wie dürfen und der Frage nicht entweichen: in welcher Weise diese sogenannte bessere Volksvertretung gebildet, und welcher Wirkungsfeld derselben zugewiesen werden soll? Ueberall ist das Gebiet der eigentlichen Gesetzgebung der Regierung und den Kammern der Einzelstaaten gemeinsam überlassen; überall hat man es für eine der Haupt-Aufgaben der neuen Zeit gehalten, die organischen Einrichtungen der Staaten und Völker zu ignoriren und zu zerstören, und die Elemente, aus denen vielleicht eine dauerhafte, vernünftige Vertretung des Volks hätte erwachsen können, möglichst gründlich aus dem Wege zu räumen. Woher also die Wunde nehmen, aus denen man das Schicksal des deutschen Reichs zusammen zu fügen gedenkt, und wo die Pfeiler, um die das Gebäude zu tragen: auf den Abgrund der konstitutionellen Staatsverfassung ist kein festes Fundament zu gründen. Noch hat das monarchische Prinzip und die Gewalt der deutschen Fürsten eine sichere Burg in dem deutschen Bunde, und man sehe wohl zu, was man thut, ehe man die letzte Schloße öffnet, welche bisher den wilden Gewässern der Revolution den Zugang zu den Festungen der deutschen Nation verschloß. Einmal verloren, für immer verloren!

### Deutschland.

Berlin, 31. December. Noch immer in der höchsten Hefigkeit der ständigen Vorwürfe, daß Preußen ungebührliche Concessionen gemacht und sich Österreich zu vertrauensvoll in die Arme geworfen habe. Die konstitutionelle Zeitung hält diesen Standpunkt in Bezug auf das Verhältnis zwischen Kammern und Ministerium fest. Sie will fortgesetzt Opposition um jeden Preis. „An ein Transigiren mit demjenigen System“, ruft sie, „welches die Vor der Vertagung beschloffen war, ist nicht mehr zu denken.“ Im gleichen Tone ist der ganze Artikel gehalten. Es wäre und in der That nicht unfehlbar, wenn die Konstitution, die die Ansehungen ihrer parlamentarischen Freunde darlegte. Sie mehr die Linien wüßten, um so mehr kann die Sache der Ordnung nur an Festigkeit, an mannhafter Widerstand, wie Angewandtheit gewinnen!  
Die Spenerische Zeitung ist in ihrer tiefen politischen Auffassung zu der Ansicht gelangt, daß die preussische Politik ge-

gemäßigt den Charakter der vollkommensten Abnegation trage. Sie lasse Österreich durchweg vorangehen und suche ihre Verurteilung in der Gewissenhaftigkeit, mit der sie jedem seiner Schritte nachfolge. Die Dresdener Konferenz werde das österreichische Programm acceptiren, und Preußen werde sich fügen. Wir getrauen uns nicht, gleich der Spenerischen Zeitung die Zukunft zu bestimmen, aber davon wird sich auch das Blatt wohl bald überzeugen, daß Preußen durch den jetzt betretenen Weg seiner deutschen Volkstugend schon jetzt einen großen Theil des Ansehens und des Nachschicks wieder gewonnen hat, welche durch die Experimente der letzten 2 Jahre nur zu sehr in Frage gestellt waren.

Seine Majestät der König haben die durch Ernennung des bisherigen Geheimen Rathes von Mohr zum Vizepräsidenten des Appellationsgerichts in Königsberg erledigte Stelle eines Mitgliedes des Disziplinarhofes für die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten dem Geheimen Rath Dr. von der Hagen zu verleiern geruht.

Der Fürst Schwarzenberg ist gestern Abend mit dem gewöhnlichen Wohnung über Berlin nach Wien abgegangen. Ein Auftrag war nicht in gegebener Zeit zu ermöglichen. — Herr v. Mantuffel biegen wird sich heute Abend nach Dresden begeben, falls sein fester angestellter Gefühlszustand nicht gestatten. Jedenfalls wird der Herr Minister-Präsident am 2. Januar wieder hier sein. Am 3. giebt derselbe ein großes parlamentarisches Diner.

Die Commisarien für Österreich und Preußen in den Herzogthümern, General v. Thümen und General Graf Wenzelsdorf, sind heute früh dahin abgegangen. Man kann nicht sagen, beide Commisarien haben gleichlautende Instructionen; beide sind vielmehr angewiesen, nach einer Instruction zu handeln: sie werden als die Vertreter der beiden deutschen Großmächte im Namen des deutschen Bundes handeln und unverzüglich ihr Werk beginnen. Die Aufgabe ihrer Mission wird, wenn wir sonst gut unterrichtet sind, eine doppelte sein. Zuerst haben sie dahin zu wirken, daß der Zustand des schlesischen Friedens in den Herzogthümern wie in Dänemark hergestellt wird, der so lange nicht besteht, als in den Herzogthümern die Unterthanen und der König in Dänemark getrennt einander gegenüber stehen. Wenn dieser erste Theil ihrer Mission erreicht sein wird, dann soll es die andere Aufgabe der Commisarien sein, die wirklichen Rechte der Herzogthümer zu schützen, falls dies notwendig sein sollte. Um die Commisarien in den Stand zu setzen, ihren Anforderungen den nötigen Nachdruck zu geben, wird sich an den Grenzen der Herzogthümer eine Armee von 50,000 Mann, die aus österreichischen und preussischen Truppen bestehen soll, zusammenziehen. Die österreichischen Truppen werden nach Berlin noch die Festung Magdeburg, noch überhaupt preussisches Gebiet betreten, sie werden vielmehr durch Hannover und an einem geeigneten Punkte über die Elbe gehen. Die preussischen Truppen werden Hamburg besetzen.

Der Konflikt in Hessen zwischen dem österreichischen und preussischen Commissariat hat seine vollständige Erledigung gefunden. Er wurde dadurch beigegeben, daß die letzten Instructionen für den Grafen Leiningen zu spät aus Wien abgegangen waren. Fortan werden beide Commisarien in allen Vornahmen Hand in Hand geben.

Nach dem Hamb. Nachr. sollen mit Belgien Unterhandlungen eingeleitet sein wegen Eintritt dieses Staats in den preussischen Bunde.

Österreich (30. Dec. wie eine telegr. Dep. berichtet, der Abreise von Wien in Richtung nach Anhalt an den Zug nach Berlin wegen starken Schneefalles nicht erreicht.

Dem gestrigen Ministerrath, in welchem dem Vernehmen nach auch über die dem deutschen Commissariat für Schlesien-Holstein zu ertheilenden Instructionen schließliche Berathen sein soll, wurde zum ersten Male der Herr Minister v. Kammer bei.

(C. V.) Der Geh. Finanzrath Knoblauch, von der Hauptverwaltung der Staatsschulden, hat seine Stelle freiwillig niedergelegt. Als Grund wird angeführt, Herr Knoblauch habe seine Ansicht über die Interpretation einer gesetzlichen Bestimmung mit der des Finanzministers durchaus nicht in Uebereinstimmung zu bringen vermocht und demnach es vorgezogen, die Stelle niederzulegen.

Der Handelsminister beschäftigt, wie er durch Verfügung vom 22. d. M. anzeigt, die bisher für Postbeamte allgemein bestandene Verpflichtung, mit der Staatsuniform ihres Grades versehen zu sein, künftig auf die Oberpostdirectoren, Posträthe, Kantanten, Post-Inspektoren, Controlleure, Postdirectoren und Postmeister zu beschränken.

Auch von den Bewohnern der Ravensberger Landgemeinde Gohfeld ist eine Adresse an Sr. Excellenz den Herrn Minister-Präsidenten v. Mantuffel eingelaufen, die sich durch ihre schlichte und dabei doch kräftige Sprache auszeichnet, mit welcher die wackeren Landleute Herrn v. Mantuffel ihren herzlichsten Dank für seine Bemühungen, dem Lande den Frieden zu erhalten auszusprechen und die Vertheilung hinzufügen, daß, wenn es Sr. Maj. der König für gut halten, noch einmal zu den Waffen zu rufen, sie und ihre Söhne werden nicht die letzten sein dürfen, die mit Gott für den König und für's Vaterland in Kampf und Tod zu ziehen entschlossen seien.

(Erste Kammer.) Der Abgeordnete für den 1. Arnberger Wahlbezirk, Oberstaatsanwalt Graf Hoff in Hamm, hat sein Mandat niedergelegt.

Der württembergische Staatskanzler sagt: Wie wir hören, schließt sich unsere Staatsregierung vollkommen an die von München aus in Dresden vertretene Forderung einer deutschen Volksvertretung an. Die Nachricht, als ob Bayern und Württemberg ein gemeinschaftliches Programm für die freien Konferenzen hätten, ist unwahr; jede der beiden Regierungen wird selbstständig verfahren, wenn es gleich richtig ist, daß die Vorschläge beider Staaten in vielen wesentlichen Punkten mit einander harmoniren.

(C. V.) Von der kürzlich geschlossenen rheinisch-westfälischen Synode sind an den Unterrichtsminister verschiedene Anträge zur Wahrung der kirchlichen Interessen in dem zu erlassenden Unterrichtsgesetz gerichtet worden. Die Synode hat zugleich die Unterstützung des evangelischen Ober-Rathes für diese Anträge nachgesucht. Derselbe bezieht sich hauptsächlich auf eine Mitwirkung der Kirche bei der Feststellung des Lehrplans der Volksschule, bei der Wahl der Lehr- und Geschichtslehrer, vorzüglich aber begreift sie die Erhaltung des confessionellen Charakters der evangelischen Schulen. In dem Schulvorstand sollen nicht der Herrscher und einige durch kirchliche Organe gewählte Mitglieder sitzen. Den evangelischen Seminarien soll der confessioneller und kirchlicher Charakter gewahrt bleiben. Die Kirche soll deshalb bei Befragung der Directoren und Lehrkräfte mitwirken, ein kirchlicher Commissar soll den Prüfungen der Seminaristen beizuhen u. s. f.

Zu der am Donnerstag den 2. künftigen Monats Nachmittags 4 Uhr stattfindenden öffentlichen Sitzung des Gemeinderaths werden die nachstehenden zu Gemeindevorordneten gewählten Herren Hülshof, Runder und Seydich durch den Bürgermeister Rausen eingeladen und verpflichtet werden.

Königsberg, 27. December. [Gemeinderathswahl. Affären, Redactionen etc.] Die Gemeinderathswahlen werden hier im künftigen Monat stattfinden, und zwar wird die 3. Abtheilung am 13., 14. und 15. Januar, die 2. Abtheilung am 20., 21. und 22. Januar und die 1. Abtheilung am 27., 28. und 29. Januar wählen. — Das zweite Aufgebot unserer Landwehr-Bataillone befindet sich bereits auf dem Marsche von Danzig hierher und wird am 31. d. M. hier eintreffen, um dann entlassen zu werden. — Vor die nächsten Affären wird, wie man hört, auch die Anlage wegen Anfertigung und Vertheilung der falschen Hundwundzwanzig-Banknoten verhandelt werden. Angeklagt sind der Lithograph Lindblat, der Kaufmann Maruse und ein Regierungskassenscheib. — Trotz des Frosts, das vor Kurzem der Verwaltungsrath der hier existirenden Zeitung: „Die constitutionelle Monarchie“, dem Redacteur derselben, S. Vorgefangen, ertheilt, wird derselbe der Reaction dieser Zeitung vom 1. Jan. ab entzogen, und wird dieselbe einem unserer gemäßigten Publizisten von erprobter conservativer Gesinnung übergeben.

Dresden, 28. December. Die letzte Sitzung der hiesigen Stadtverordnetenversammlung fand früh um 11 Uhr statt. Die Mitglieder waren sehr zahlreich und in Anstich erschienen. Nach Eröffnung einiger Vorträge, welche ohne Debatte erfolgte, schied der Vorsteher Herr Dr. Wagner in einer Rede den Segen, welchen die Stadtverordneten von 1809 dem Vaterlande gebracht. Auf die Aufforderung des Vorstehers erhob sich die Versammlung zum Zeichen des Dankes für den Magistrat. In dessen Namen sprach Bürgermeister Fürst einige herzliche Abschiedsworte an die Versammlung, worauf die Sitzung geschlossen ward.

Köln, 28. December. (C. V. & C.) In der heut Abend stattgefundenen Berathung unserer Gemeinderaths über die Frage, ob es angemessen ist, statt des collegialischen Gemeindevorstandes einen Bürgermeier, der zugleich den Vorsitz im Gemeinderath zu führen habe, mit einem oder mehreren Beigeordneten zu wählen, stimmten 21 gegen 7 der Anwesenden für die Wahl eines Bürgermeiers mit Beigeordneten. Dem ward das Gehalt für den Bürgermeister auf 2500 Rthlr. und 500 Rthlr. Beigeordneten auf 17 gegen 11 Stimmen und endlich das Gehalt für einen Stellvertreter (Beigeordneten) auf 500 Rthlr. mit großer Majorität festgesetzt. Die Wahl des Bürgermeiers wird in öffentlicher Sitzung am Dienstag den 31. December, Morgens 12 Uhr, stattfinden.

Wien, 26. Dec. [Rundschau. Gerüchte.] Die Weisnachtsfeier hat die Apokalypse, in welcher wir uns hier seit längerer Zeit schon in Bezug auf politische Begebenheiten befinden, in einen wahren Todeschlummer verwandelt. Das Publikum gab sich ganz und gar den flüchtigen und religiösen Feierlichkeiten hin, und wie jedes Jahr, waren auch diesmal die Tage der Weihnachtsfeier voll der heiligsten Öffentlichkeit und geheimer Wohlthätigkeit. — Aber die nächste Gottesdienst mußte wegen des Ausnahmestandes unterbleiben. Leider wurde derselbe in den letzten Jahren bereits in einer Art ents. statt gehalten, daß er wohl auch in Zukunft ein für alle Mal ausbleiben könnte. Die Journale, welche nur einen Tag nicht erschienen, sind leer und einödig. Die „Ost-Deutsche Post“ brachte die erste Nummer einer Rundschau, in welcher sie dem Ministerium Schwarzenberg-Bach ihre volle Hochachtung für die Leistungen des letzten Jahres bezeugt. Man könnte diesen Artikel von Seiten eines Oppositionsblattes für eine ungeheure Ironie halten, wenn man die Art und Weise des Journal selbst nicht kenne. — Ob aber einem Ministerium Glück zu wünschen ist, wenn ein Journal, welches sich das ganze Jahr als Opposition geberdet, am Schluß desselben in solche Gräthe ausbricht, ist zu bezweifeln. Das Journal meint, von den 4 Kapitulanten: Robot und Feudalverband, Auflösung, Sinken der Zolltarifen und Despotismus der Gerichte, könne man sicher in die Zukunft blicken. Die Robot- und Feudalverband, Auflösung und Sinken der Zolltarifen, welche auf einem unklaren Boden, auf dem Boden der Reaction, stehen, sie haben auch bereit

adäquate Früchte getragen in der Vermehrung der Staatskassen um 2—300 Millionen und in der Unzufriedenheit derjenigen, deren Rechte man vernichte und deren, welche sich in ihren Erwartungen getäuscht finden, in der der Bauern. — Schreiben dieser Zeitungen in diesen Tagen Seltsamkeit, die Stimmung und Ansicht über die Neugehaltung in diesen Kreisen kennen zu lernen und muß gefehen, daß ihm auch die zufälligen Erfolge dieser großen Bewegung noch sehr problematisch erscheinen. Jedenfalls dürfte es vorzuziehen sein, bereits jetzt ein Axiom festzusetzen über diesen Cardinal-Punkt anzukommen. Nämlich verhält es sich auch mit der Despotismus und Willkürlichkeit der Gerichte, worunter man hier im Allgemeinen auch die Geheimen Gerichte zu verstehen pflegt. Offenbare Kindesmährchen werden freigesprochen, ein elatanter Aufsturm muß in der Trunkenheit der Geheimen seine Entschuldigungen finden, während in Olmütz die Geheimen 3 Wunden, welche Banknoten nachahmen und dies eingestanden hatten, für unschuldig erklärt. Und doch sind jetzt die Geheimen Gerichte erst in jenen Provinzen, wo die Aufklärung außerordentlich häufig ist, im Leben getreten: wie, wenn die Gleichberechtigung der Nationalitäten diese Gerichte auch für gewisse Kronländer fordert, die hinter den genannten noch weit zurückstehen? Vielleicht finden auch wir Gelegenheit, eine künftige Rundschau zu liefern, man wird aber um der Wahrheit willen verzeihen müssen, wenn wir nicht so ruhig sehen. „Klop“ und „Reichszeitung“ beschäftigen sich fortwährend nur mit den Finanzen. Der „Klop“ zerlegt bereits die Vorzüge der Bank-Direction, die aber dem Publikum noch nicht bekannt geworden ist. Ich theile Ihnen hier gerüthweise mit, daß der Herr v. Brud dem Finanzministerium den Antrag gemacht, das Portefeuille der Finanzen zu übernehmen, und zugleich einen Plan vorgelegt haben soll, wie er ohne Einschränkung im Staatsauskauf durch eine Anleihe von 275 Millionen im Auslande die Geldverhältnisse in Österreich reguliren wolle, so daß erst künftigen Generationen die Abtragung dieser Schuld zur Last fallen solle. Der Finanzminister soll auf das hin seine Entlassung eingereicht haben, dieselbe wurde aber, auf die übliche Stimmung hin, welche die Pläne des Herrn v. Brud, welche durch den „Klop“ mitgetheilt wurden, auf der Höhe hervorgerichtet hatten, nicht angenommen.

Am Schluß dieses Jahres werden noch die Geheimen Gerichte, so daß bereits im halben Januar die ersten Affären stattfinden dürften. Derselben werden alle Monate zusammenkommen, wahrscheinlich aber auch immer einen vollen Monat dauern. Ueber die Dresdener Konferenzen, sowie über die Vorgänge in Kassel, sind eine Menge Gerüchte im Schwunge, welche ich hier nicht weiter anführen will. Die Einladung des Fürsten Schwarzenberg nach Berlin hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht.

28. Dec. Der f. t. Adjutant Sr. Maj. des Kaisers, Carl Fürst v. Lichtenstein, ist gestern nach Berlin abgereist. Dem Vernehmen nach überbringt derselbe ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an den König von Preußen. — Im Ministerrath ist der Beschluß gefaßt worden, daß in Zukunft keine Veränderung und kein Erlass von einem einzelnen Minister ausgehen soll, da das Ministerium solidarisches verantwortlich ist, daher auch jede einzelne Verordnung von dem Gesamministerium ausgehen muß.

T. aus Baden. Ende December. [Landtag & Verhandlungen.] Unsere Landtage haben sich vor Kurzem wieder einmal in eine politische Diskussion über allgemeine deutsche und speziell badische Staats- und Landes-Angelegenheiten eingelassen und allerlei Dispositionen geführt, allerlei Warnungen an die Regierung ergeben, es selbst an leisen Drohungen nicht fehlen lassen und — was immer das Ende des Ganges ist — mit diversen Anträgen geschlossen, deren endliches Schicksal meist das alles beschließt ist. Und kommen solche Verhandlungen immer wie ein Sturm im Wasserläufe vor, doch sind die Leidenschaften im Rückblick auf das Vergangene und auf die Zukunft noch immer etwas temporär; nur an persönlichen Anzüglichkeiten und selbst Grobheiten fehlt es bei dergleichen flüchtigen Diskussionen gewöhnlich nicht. Der badische Abgeordnete Zell sagte mit Recht: „Ich kann, ohne Ironie, zu nahe treten zu wollen, meine Verurteilung darüber nicht bergen, daß diese Sache gerade von Männern aus der Zahl derjenigen hier zur Sprache gebracht wird, welche durch ihre verunglückten Verträge, Deutschland eine andere Verfassung zu geben, sei es nun durch Mangel an Glück oder an Geschick, so viel Unheil über unser Vaterland gebracht haben.“ Solche wahrhaft freimüthige Sprache in der althergebrachten badischen Kammer verdient um so mehr die Anerkennung aller wahren Vaterlandsfreunde, je einflussreicher die Sprache derselben ist, je mehr in der Kammer selbst diese Sprache beherzigt wird und je mehr die gewissenlosen Verfassungsmacher darüber erbitert sich zeigen. Es antwortete nämlich folgender einer der Redner, Bittel, folgendes: „Früher dachte man anders! (Allerdings! tempora mutantur!) Da war diese Partei (der Verfassungsmacher) auf der Breiche, und eine andere, welche ihr jetzt Vornahme macht, hinter dem Ofen.“ Hier müssen wir doch fragen: wo war die baltische Verfassungspartei, als es nicht mehr galt, Verfassungsvorschläge in der Paulistirche zu machen, sondern dem aus dieser Kirche genährten wilden Gewässer der Revolution, das durch unser Land brausete, handelnd entgegen zu treten? Da wurde die „Breiche“ nicht mehr vertheidigt, sondern zusammengeschoben.

Der Frankfurter Reichstag hat sich am 27. und 28. d. M. in der hiesigen Kammer folgende Interpellationen an den Minister des Auswärtigen richten: „Es seien Fragen der Innern und des äußern Politik, welche nun in den Hallen des baltischen Ständehauses wiederhallen sollen; die der äußern Politik: „wie steht es mit den Dresdener freien Minister-Conferenzen? Wird der baltische Staat dafür sorgen, daß neben der zukünftigen künftigen Bundes-Centralgewalt eine National-Vertretung in einem Natio-



...erhaltung seiner empfangene Beihilfe zu machen. Nicht nur, daß Herr  
...torius den braven Soldaten in seinem Hause drei wohlmeubirte Zim-  
...er zum ausschließlichen Gebrauch eingeräumt und ihnen die beste Verpfle-







